

**Rede von Bürgermeister Andreas Brand zur Einbringung  
und Beratung des Haushaltsplanes 2003 und der  
Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe 2003 am 10.Dezember  
2002**

Einbringung, Beratung und Beschlussfassung über den Haushalt des Jahres 2002 - das steht als Tagesordnungspunkt an. Dieses Verfahren hat sich bewährt. Zugegeben – es gäbe sicher angenehmere Aufgaben als in der jetzigen Zeit Ihnen den Haushaltsplan einzubringen. Man könnte sich in der derzeitigen finanziellen Lage Schöneres vorstellen. Dennoch: meine Verantwortung und Pflicht gebietet es, und mit aller Ernsthaftigkeit, Gründlichkeit, Bodenständigkeit und Gewissenhaftigkeit präsentieren wir Ihnen heute das Planwerk 2003. Wir tun dies nicht als Pessimisten und auch nicht als Optimisten, sondern als Realisten in einer sich rasant verändernden finanziellen Landschaft.

Während der öffentlichen Auslegung des Entwurfes sind keine Einwendungen eingegangen.

Die finanzielle Entwicklung in Bund, Land und Gemeinden stehen derzeit unter einem schlechten Stern. Ich erspare Ihnen das Wiederholen der Zahlen und Tabellen der Steuerschätzungen und Haushaltserlasse des Landes. Unsere Kämmereiverwaltung und alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, allen voran Herr Brodbeck, haben ein detailliertes Zahlengemälde zusammengestellt. Vielen Dank für die viele Arbeit, auch die nicht sofort erkennbare, die hinter dem Haushalt steckt.

**Politik beginnt mit der Betrachtung der Wirklichkeit.** Wie schaut diese Wirklichkeit in unserer Gemeinde im nächsten Jahr aus?

### **Zu den Eigenbetrieben:**

Ich beginne ausnahmsweise mit den Eigenbetrieben. Mit mutigen und kraftvollen, mit unterstützenden Schritten haben Sie die Finanzlage unserer Eigenbetriebe wieder aufs richtige Gleis geleitet. Die Eigenbetriebe werden nach Jahren der Investitionen und der ab 01.01.2003 beschlossenen Gebührenerhöhungen wieder Fahrt bekommen. 2003 ist von einem deutlichen Rückgang bei den Investitionen gekennzeichnet bei einem gleichzeitigen weiteren Abbau der Verschuldung. Nur wenn wir diesen Kurs für die nächsten 5 Jahre durchstehen, sind unsere Eigenbetriebe konsolidiert. Umgekehrt heißt dies: für Neues – außer dem Geplanten und veranschlagten – ist kein Spielraum da! Nach dem Geleisteten haben wir unsere Wasser- und Abwasserversorgung optimiert und können auch eine Phase des Stillhaltens, der Ruhe durchaus brauchen und vertragen.

### **Zum Gemeindehaushalt:**

Weil im Schönbuch steht nach Jahren der Haushaltskonsolidierung am Beginn einer schwungvollen Investitionstätigkeit. Die gemeinsame Arbeit – Schuldenabbau, Ausgabenkürzungen, Grundstückserlöse etc – trägt Früchte. Sie erst ermöglicht es, dieses ehrgeizige Programm in Angriff zu nehmen. Die Worte meiner Haushaltsrede 2002 werden Wirklichkeit. Dieser Haushalt bringt keine Überraschungen und

spektakulären Neuigkeiten. Alle Projekte wurden im Verlauf des Jahres ausgiebig in der Öffentlichkeit beraten.

### **Die großen drei Bauvorhaben Sporthalle, Schule Weil und Schule/Halle Breitenstein**

Der Haushalt 2003 ist gekennzeichnet von drei großen Bauprojekten Sporthalle, Schule Weil und Schule/Halle Breitenstein.

Das sind keine Vorhaben für Bürgermeister und Gemeinderat, sondern für die Bürgerinnen und Bürger unserer Gemeinde.

Wir haben das letzte Vierteljahr gründlich diskutiert, können und wollen wir das alles schultern, können wir uns das leisten, können wir diesen Weg gehen? Die Antwort: Ein klares Ja!

Der Haushalt 2003 ordnet sich vorbehaltlos diesen Zielen und Vorhaben unter. Unsere angesparte Rücklage verwenden wir für erforderliche Bauausgaben. Wir nehmen 1,75 Mio € an Darlehen auf, stecken Sie in Bildung und Sport, verbessern damit die Infrastruktur unserer Gemeinde ganz beträchtlich.

Wir investieren rund 7,5 Mio € in diese Projekte, gut angelegtes Geld.

Mein Ziel ist es, die Projekte zu einer Punktlandung hinsichtlich Qualität und Kosten zu bringen und keinesfalls über die Landebahn hinauszuschießen. Die Bewältigung dieser Vorhaben bündelt Kraft und Arbeit in meiner Verwaltung. Von daher versteht es sich von selbst, dass Sie im Vermögenshaushalt fast keine anderen nennenswerten Projekte finden. Einzige Ausnahme: Mit

der Sanierung des Neuweiler Kindergartens mit ca. 80.000 € hätten wir dann alle unsere Kindergärten auch baulich und technisch auf einen sehr guten Stand und Standard gebracht.

- **Ortskernsanierung läuft weiter**

Die Sanierung geht im östlichen Ortskern weiter. Die bewilligten Fördermittel wurden bislang für zahlreiche private Maßnahmen und die Straßengestaltung verwendet.

Wir sind unserem Ziel näher gekommen, die Wohn- und Lebensqualität im Ortskern zu stärken. Ich wünsche mir, dass diese Zeichen von privater Seite aufgenommen werden, dass dieses Tun der Gemeinde auch als Zeichen für Handel, Gewerbe und Handwerk im Ortskern verstanden wird.

Für Neuweiler haben wir einen erneuten Antrag auf Aufnahme ins Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum gestellt. Ziel ist es, die Lebensmittelversorgung dadurch zu stärken und wieder zu beleben.

### **Zuschüsse vom Land Baden-Württemberg machen vieles leichter**

Die Investitionen werden dankenswerter Weise auch vom Land Baden-Württemberg unterstützt. Wenngleich wir nicht immer wissen, wann das Geld ausbezahlt wird, so wissen wir doch, daß wir es bekommen. Das gilt für die Schulbauförderung, für den Ausgleichsstock, für das Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum Breitenstein mit dem Dorfgemeinschaftsraum und nicht

zuletzt für die Sanierung. Ich bin zuversichtlich, dass wir auch in 2003 wieder positive Bescheide aus Stuttgart bewilligt bekommen. Mein ausdrücklicher Dank gilt allen Partnern bei den Staatlichen Behörden, die stets aufgeschlossen und mehr als hilfsbereit waren.

### **Und das Pflegeheim?**

Nach anfänglicher Euphorie ist es im Moment nach außen ruhig geworden. Zusammen mit der St.Anna-Hilfe sind die Zuschussanträge gestellt und wir kämpfen mit allen sich bietenden Mitteln um eine Programmaufnahme 2003 in die Landesförderung. Diese ist Voraussetzung für den Baubeginn öffentlich geförderter Pflegeheime. Der Kampf ist groß, viele Gemeinden tun das gleiche. Hier könnten wir überaus glücklich sein, wenn wir 2003 einen Bescheid bekämen. Aus heutiger Sicht ist aber eher von 2004 auszugehen.

### **Und wo bleiben die weiteren Ziele?**

Ich formuliere es bewusst etwas provokant. Natürlich hat ein Bürgermeister, eine Verwaltung über das genannte und beschriebene hinaus Ziele zur Gemeindeentwicklung.

Tue ich also einmal so, als ob die Finanzen sich wieder verbessern und ich nach Vorschlägen gefragt würde.

Die städtebauliche Neuordnung der Seegärten im Bereich um das neue Pflegeheim und um den See steht bei mir auf der Liste. Ebenso würde ich lieber heute wie morgen den Spaten am Marktplatz-Ost ansetzen und den Startschuss für eine Neubebauung geben. Der artikulierte Wunsch nach einer kleinen Erweiterung des Neuweiler Friedhofes ließe sich sicher nicht mit dem Spaten machen. Wie dieses Projekt angegangen und

umgesetzt wird, werden wir im neuen Jahr beraten und zwar vor den aktuellen Fakten und Tatsachen her – und zwar unabhängig von der Frage der unechten Teilortswahl bzw. der Anzahl der Sitze des Gemeinderates. Auch die Sanierung der Grund- und Hauptschule, des alten Grundschulgebäudes würde ich angehen. Oder würden wir uns nicht auch Gedanken über einen Ersatz und neuen Standort für das Turnerheim machen?

Doch zurück zur Wirklichkeit, war alles nur ein Traum...

### **Schaffen wir das alles ?**

Oft werde ich gefragt: Ist der finanzielle Spielraum der Gemeinde damit am Ende? Ja! Platz für neue Vorhaben und Wünsche ist nicht mehr, Verwirklichen lassen sich diese nur, wenn eine solide Finanzierung gegenübersteht. Da diese aber kurzfristig nicht erkennbar ist, heißt es Maßhalten, heißt es Beschränken und Konsolidieren! Die Verschuldung wird in den nächsten Jahren ansteigen. Der Spielraum wird enger.

Der Schuldenstand wird Ende 2003 auf 4.925.000 € ansteigen, Ende 2005 bei 5.644.000 € liegen. Damit sind wir wieder auf dem Stand von 1997. Diese Schulden sind zwar eine Last, aber auch eine Herausforderung zu weiterhin solidem und bodenständigem Wirtschaften.

Ich bin überzeugt, dass wir die Zeichen der Zeit – auch mehr und mehr die Menschen in unserer Gemeinde – erkennen und die Zustände nicht schöngeredet haben wollen. Wenn wir jetzt investieren, dann tun wir das als Investition in die Zukunft. Wir leben nicht nach dem Prinzip Hoffnung.

Wir werden im 1.Halbjahr 2003 eine sorgfältige Aufgaben- und Ausgabenkritik aller gemeindlichen Leistungen, v.a. im Freiwilligkeitsbereich, vorlegen, diese auf den Prüfstand stellen, um rechtzeitig zu den Haushaltsberatungen 2004 fundiert und kurzfristig handeln zu können.

Um es klar für alle Bereiche zu sagen: An die Bürgerschaft, an die Verwaltung nach innen und den Gemeinderat: Die bisherigen Leistungen und Standards werden nicht erhalten werden können!

### **Ertragskraft im Verwaltungshaushalt geht zurück**

Der Verwaltungshaushalt zeigt es augenfällig. Die Zuführungsrate des Verwaltungshaushalts - eine Messlatte der finanziellen Leistungskraft der Gemeinde - geht zurück von 460.000 € in 2002 auf nunmehr 303.000 €. Die Mindestzuführungsrate erreichen wir nicht. D.h. dass wir unsere Tilgung nicht aus dem laufenden Betrieb erwirtschaften, sondern aus dem Vermögen tilgen.

Es sind nicht steigende Ausgaben im Personal- oder Sachkostenbereich. Es sind in erster Linie wegbrechende Steuereinnahmen und von der Gemeinde nicht zu verantwortende, aber zu bezahlende Umlagen und Aufgaben.

Vieles darf man sich in der Politik wünschen, aber nicht die Augen vor der Wirklichkeit verschließen. Dass ist es aber, was – mal aus Stuttgart, im Moment aber aus Berlin – derzeit Wirklichkeit ist.

Ich werde konkret:

## **1. Pflugesicherstellungsgesetz und Landeswohlfahrtsverband**

So wünschenswert gesetzliche Verbesserungen in der Pflege behinderter Menschen sind. Es kann nicht sein, dass der Landeswohlfahrtsverband über die Umlage beim Kreis und damit bei den Gemeinden das Geld holt. Wenn 80% der Kreisumlage für Soziales und 20% für den ÖPNV weggehen – was bleibt dann übrig?

## **2. Grundsicherungsgesetz**

Eine Errungenschaft der neuen alten Regierung in Berlin. Letztendlich eine Art Grundrente. Wer zahlt: auch hier sind es die Kreise und Gemeinden, die diese Kosten tragen müssen.

## **3. Kinderbetreuung und Ganztagschulen**

Der Koalitionsvertrag von Rot-Grün sieht vor, gesetzlich eine flächendeckende Versorgung von 0-3 jährigen für 20% der Kinder festzuschreiben. Mit sage und schreibe 1,5 Mrd € p.a. bundesweit möchte der Bund dies fördern. Das ist noch viel weniger als Schwarz-Gelb aus Stuttgart uns im letzten Jahr für das Programm Kinderfreundliches Baden-Württemberg zusagte. Ganztagsbetreuung soll gefördert werden und die Gemeinde sollen hier etwas tun. Welcher Ungeist hier geprägt wird, wird am Satz von SPD-Generalsekretär Scholz deutlich: Durch mehr Kinderbetreuung wolle man eine kulturelle Revolution erreichen und die „Lufthoheit über Kinderbetten“ erreichen. Von Margot Honecker hätte man als DDR-Bildungsministerin diesen Satz verstanden, aber er spiegelt wider, dass Bildung und Sozialpolitik mehr und mehr von der Politik aller Parteien vereinnahmt wird, für eigene Ziele. Als ob wir als Gremium nicht selber entscheiden

können. Wir alle würden gerne mehr machen, aber wir müssen es auch finanzieren.

#### **4. Verband Region Stuttgart**

Eine gleichbleibende Regionalumlage 2003, man höre und staune. Alle Kritiker der Region besänftigt und widerlegt. Zu kurz gesprungen: Das bittere Ende kommt noch, wenn die Verkehrslastenumlage ab 2004 steigen wird. Auch hier greifen wir wieder in unsere Tasche, andere bestellen, wir zahlen. Wer dann noch den gesamten Nahverkehr in der Region unter deren Dach stellen will, der verteilt auch die Verluste der Stuttgarter Straßenbahn. Die Umlage würde um weitere 40 Mio € steigen.

#### **So nicht!**

Wir können nichts wegdrücken nach unten und dann als Strahlemann dastehen. Auch hier muss endlich gelten: Wer bestellt zahlt! Da lobe ich mir unser ach so oft geschmähtes Nachbarland Österreich. Dort ist ein Verfassungszusatz aufgenommen worden, der ausgabewirksame Gesetzes des Bundes zulasten der Länder und Kommunen nur zulässt, wenn ein Ausgleich vorher erzielt ist. Mit solch einer vernünftigen Regelung würde uns mancher politischer Unsinn aller Farben erspart bleiben.

Und wir an der Basis, wir tun so, als ob wir unsere Haushalte immer wieder ausgleichen können, alles was von oben kommt, geduldig schlucken. Ich kann diesen Weg nicht mehr mitgehen. Deshalb zucke ich nicht einmal mit der Wimper, wenn wir die gesetzliche Mindestzuführungsrate nicht erreichen können. Wenn die Brisanz der Lage nicht wahrgenommen wird und dieser unsägliche Unfug mit neuen Leistungen nicht aufhört, sind wir über

kurz oder lang am Ende der Finanzierbarkeit. Wenn Sie einen Blick auf die Alterspyramide werfen, dann werden Sie dies nachvollziehen können.

Wenn all das Wirklichkeit wird, was ich genannt habe, dann – nicht als Drohung, sondern als Tatsache - werde ich Sie beim Haushalt 2004 beispielsweise vor die Fragen stellen:

- Soll die Gemeinde ihr Hallenbad schließen?
- Streichen wir Freiwilligkeitsleistungen völlig?
- Beschränken wir uns nur noch auf Pflichtaufgaben?
- Reduzieren wir unser Angebot im Kindergartenbereich?
- Streichen wir Personal ?
- Kürzen wir Öffnungszeiten unserer Rathäuser?
- Stellen wir unsere Bücherei zur Disposition?
- Lassen wir unsere öffentlichen Gebäude herunterkommen?
- Oder wollen wir die Gebühren und Steuern erhöhen?
- Oder wollen wir auf die Jugendreferentin nach Ablauf der Befristung verzichten?

Meine Damen und Herren, dies soll kein Horrorgemälde sein, sondern ein Aufruf, sich gemeinsam zu wehren und nach außen hin deutlich zu werden. Und ich bin mir sicher, diese Fragen werden uns 2004 beschäftigen müssen. Ein Unternehmen, dessen Umsätze wegbrechen, stellt sich genau die gleichen Fragen wie wir es tun müssen.

## **Zusammenfassende Bewertung**

Der Haushalt 2003 verwirklicht auf vertretbarer Basis lange gehegte Wünsche und Notwendigkeiten. Er ist aber nicht frei von Risiken und Nebenwirkungen. Die Grundstückserlöse, die Steuereinnahmen, alles sehr, sehr sorgfältig geschätzt und gerechnet. Diese Risiken und Nebenwirkungen, die für 2003 und die Folgejahre so gering als möglich zu halten, so verträglich als möglich zu gestalten und so klar und bestimmt als notwendig unserer Einwohnerschaft zu vermitteln, das wird unsere wahre Kunst und Herausforderung sein. Deutlich zu machen, dass nicht die Zeit des Forderns, sondern die Zeit konstruktiver, kreativer und sparsamer Vorschläge gekommen ist. Der Gemeinschaftssinn wieder entdeckt werden muss, um das zu leisten, was die Gemeinde nicht mehr leisten kann.

Ich wünsche mir, dass wir mit diesem Haushalt und der heutigen Beratung die gemeinsamen Ziele und Vorhaben rasch und miteinander auf den Weg bringen.

Der heutigen Beratung und Beschlussfassung wünsche ich einen guten Verlauf.“

## **Irmgard Betsch:** **Stellungnahme der SPD-Fraktion zum Haushaltsplan 2003**

Allgemeines zur Einnahmen- und Ausgabensituation hat Herr Brand ausführlich dargestellt. Dies soll nicht wiederholt werden.

Von unserer Seite ist zu den geplanten großen Ausgaben folgendes zu sagen: Wir stehen voll hinter den geplanten Projekten

- Sporthalle
- Schulerweiterung Weil
- Schule/Halle Breitenstein

und dazu, dass sie so schnell wie möglich verwirklicht und wie geplant in den Jahren 2003/2004 finanziert werden.

Dadurch betreiben wir eine antizyklische Finanzpolitik. Mancher wird über die Höhe der Investitionssumme erschrecken. Aber wir wollen deutlich darauf hinweisen: Es handelt sich nicht um konsumtive Ausgaben, sondern um Investitionen in die Zukunft. Nachfolgende Generationen werden davon profitieren. Es erscheint uns deshalb legitim, wenn sie über Kredite auch an der Finanzierung beteiligt werden. Selbstverständlich muss bei einer verbesserten Einnahmesituation der Abbau der Schulden Vorrang vor neuen Ansprüchen haben.

Die Finanzierung der drei Großprojekte hat zur Folge, dass in den Jahren 2003/2004 so gut wie keine Mittel in den Straßenbau fließen, nur die notwendigsten Belagsarbeiten – sprich Flicker von Schlaglöchern werden möglich sein. Damit finden wir uns ab. Ganz allgemein können wir weder im Verwaltungshaushalt noch im Vermögenshaushalt große Sprünge machen und Wohltaten verteilen.

Unsere Fraktion ist aber sehr froh, dass unsere Hauptanliegen:

- Familien – Kinder – Erziehung
- Bildung
- Jugendarbeit
- Sportförderung und
- Umweltschutz

in diesem Haushalt trotz der angespannten Finanzlage genügend bedacht werden.

Die **Kindergärten** haben eine gute Personalausstattung, die dringend notwendige Renovierung des Kindergartens in Neuweiler wird durchgeführt, Spielplätze in Weil-Nord und Breitenstein werden verbessert.

Für die **Schulen**, für Bildung haben wir die Investitionen in Weil und Breitenstein. Beide Schulerweiterungen sind so ausgelegt, dass höhere Schülerzahlen, veränderte pädagogische Konzepte und evtl. eine Ganztageschule möglich wären.

Ganz groß diesmal die **Sportförderung** mit dem Bau der Halle für Vereins- und Schulbetrieb. Zum Sport gehört auch der Erhalt des Hallenbads, der ja immer wieder mal in Frage gestellt wird wegen des hohen Abmangels. Wir wollen dieses Bad erhalten.

Offene **Jugendarbeit**, Vereinsjugendarbeit und Schulsozialarbeit wird weiterhin über das Jugendreferat gefördert.

**Umweltschutz** kommt an mehreren Stellen vor: Anträge der lokalen Agenda, z.B. umweltverträgliche Straßenbeleuchtung finden Beachtung. Und wir sind froh über die eingestellten 50 000,- EURO zum „nachhaltigen Umgang mit der Natur“. Besonders erfreulich ist, dass es sich nicht um ein Strohfeuer handelt, sondern dass diese Summe im Investitionsprogramm bis 2006 jährlich ausgewiesen ist. Dabei stellt ja ein Sperrvermerk sicher, dass dieses Geld nicht zum Fenster hinausgeworfen wird.

Es erscheint als Fehler des Haushaltsplans, dass die Mindestzuführungsrate an den VMH um 57 000,- EURO unterschritten wird. Dies wird uns eine Rüge eintragen. Wir stehen zu dieser Rüge und sind nicht bereit, Abstriche an den notwendigen Freiwilligkeitsleistungen zu akzeptieren. Wir sehen in unserem Verhalten ein Signal an Kreis, Land und Bund. Es muss aufhören, dass Aufgaben an die Gemeinden übertragen werden, aber die notwendigen Finanzierungsmittel nicht zur Verfügung gestellt werden.

**Fazit:** Wir können dem Haushalt 2003 zustimmen.

**10. Dezember 2002**

## Rede zum Haushaltsplan 2003: Erich Hahn, WAB

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Brand,  
sehr geehrte Damen und Herren.

- Beitragssatzerhöhung bei der Rentenversicherung
  - Steigende Gesundheitskosten
  - Streichung der Eigenheimzulage
  - Milliarden schweres Steuerloch beim Staatshaushalt
  - Rezession der Volkswirtschaft in Deutschland
  - Dramatische Rückgänge und Einbrüche der Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden
- usw. usw...

Eine Hiobsbotschaft jagt die andere.  
Dies sind wahrlich keine guten Aussichten für die Zukunft.

Was nützt es aber, Trübsal zu blasen? Das tun alle anderen schon genug. Wir sind auf dem richtigen Weg. Unser Kämmerer Herr Brodbeck hat uns auch in diesem Jahr, wie schon in den Vorjahren, einen soliden und seriösen Haushaltsplan vorgelegt.

Der Haushalt 2003 ist geprägt von unseren drei großen Vorhaben

- Erweiterung der Grund- und Hauptschule Weil
- Renovierung und Erweiterung der Schule/Halle in Breitenstein
- Bau der Sporthalle in der Röte

Dass solche großen Vorhaben nicht allein aus dem Sparstrumpf gezahlt werden können, wird jedermann nachvollziehen können.

Dennoch bleibt unsere Neuverschuldung im Jahr 2003 mit ca. 1,75 Millionen Euro noch im vertretbaren Rahmen.

Das war nur möglich, weil wir in den zurückliegenden Jahren durch sparsamen Umgang mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln die Rücklagen kontinuierlich ausbauen konnten.

Deshalb heißt es in den nächsten Jahren für uns nicht mehr *sparen*, sondern *einsparen*. Sämtliche dadurch frei werdende Mittel müssen dann in den nächsten Jahren zum Abbau dieser Schulden verwendet werden.

Die Verwaltung muss sämtliche Kosten genau unter die Lupe nehmen.

Kostenüberschreitungen und handwerkliche Mängel, wie bei der Umgestaltung des Schulhofs geschehen, oder wie im Hallenbad teure Wandmalereien, können wir uns in Zukunft nicht mehr leisten.

Der Gemeinderat kann sich Fehlentscheidungen wie beim Standort der Sporthalle nicht mehr erlauben. Würde die Sporthalle nicht an die bestehende Halle angebaut, sondern freistehend westlich des Parkplatzes errichtet, wie von der WAB gefordert, würden wir mit einer wesentlich kleineren Kreditaufnahme auskommen.

Auch sollten wir aus Solidarität im nächsten Jahr auf eine Klausurtagung verzichten. Eine bei Bedarf zusätzliche Sitzung hier im Bürgersaal verursacht weniger Kosten.

Die Bürger können in nächster Zukunft keine Erweiterung von Dienstleistungs-, Service- und Förderangeboten erwarten, sondern müssen evtl. sogar mit Kürzungen rechnen.

Eine ausreichende Erfüllung der Pflichtaufgaben ist jedoch mit diesem Haushalt gewährleistet.

Eine zusätzliche Einnahmequelle sieht die WAB in der Schaffung und Vermarktung von Bauland. Das frühere Bauhofgelände im Seetal muss schnellstens zu annehmbaren Bedingungen vermarktet werden. Unser Antrag zur Erschließung im Toppel-West, den wir am 9. Juli 2002 gestellt haben, wurde leider nicht in die Tagesordnung aufgenommen.

Die Zuführungsrate zum Vermögenshaushalt ist auch in diesem Jahr nicht zu unserer Zufriedenheit ausgefallen. Das Problem liegt aber an den sinkenden Steuereinnahmen, und den gestiegenen Umlagebelastungen durch Landkreis und Regionalverband, und nicht an Kostensteigerungen innerhalb unserer Gemeinde.

Es kann nicht so weitergehen, dass der Verband Region Stuttgart immer neue Aufgaben und Programme beschließt, die die Kommunen dann bezahlen müssen. Es muss aufhören, dass Kosten einfach von oben nach unten durchgereicht werden. Die Entwicklung unserer Eigenbetriebe Wasser, Kanäle und Kläranlagen hat sich in diesem Jahr etwas verbessert. Nachdem sich an den Gebühren für Wasser und Abwasser in den letzten sieben Jahren nichts geändert hat, war eine maßvolle Erhöhung nicht mehr zu umgehen. Steigende Kosten können eben nur über einen begrenzten Zeitraum aufgefangen werden.

Die Verluste haben wir jedoch nicht einseitig auf die Verbraucher abgewälzt, sondern die Gemeinde hat auch durch die Reduzierung der Darlehenszinsen ihren Teil dazu beigetragen.

Für die Zukunft bleibt uns nur die Hoffnung, dass unsere rot-grüne Regierung ihre Chaospolitik etwas in den Griff bekommt, damit sich die miserable Stimmung bei Wirtschaft und privaten Verbrauchern zum Guten wendet. Nur wenn wir alle wieder bessere Zeichen sehen, und wir den Mut zu Investitionen aufbringen, geht es mit unserer Wirtschaft wieder bergauf und es sind wieder steigende Einnahmen für die Kommunen zu erwarten.

Abschließend stellen wir noch folgende Anträge:

1. Zur Finanzierung unserer Schulbauprojekte Weil und Breitenstein bitten wir um Aufstellung eines Bebauungsplanes im Bereich südlich und westlich der Albrechtstraße. Genauere Angaben sind unserem abgelehnten Antrag vom 9. Juli 2002 zu entnehmen.
2. Der Fußweg bei der Schule hinunter zum Schaichtal muss dringend instand gesetzt werden. Besonders im Bereich der Treppen sind viele schadhafte Stellen vorhanden.

Weil im Schönbuch, den 10. Dezember 2002

## **Haushaltsrede Gemeinderat Andreas Hübner-Hecker (FWV)**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Brand, werte Mitarbeiter der Verwaltung, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörer,

nach ausgiebigen Vorberatungen auf unserer Klausursitzung in Bad Teinach und der vorangegangenen Vorberatung über Gebühren und Hebesätze kam ein Haushalt zustande, der in einem konjunkturell sehr schwierigen Umfeld und in einer Zeit in der die meisten öffentlichen Haushalte mit dramatisch rückläufigen Steuereinnahmen umzugehen haben an die absolute Grenze des Machbaren geht. Sporthalle, Schulerweiterungen in Breitenstein und Weil im Schönbuch sind die Großprojekte die dieser Gemeinderat verabschiedet hat und mit zunehmendem Baufortschritt auch zu bezahlen hat. Natürlich freuen auch wir uns auf die zukünftigen, deutlich verbesserten Bedingungen für Sporttreibende und Schüler, aber die finanziellen Auswirkungen wurden bei diesen mutigen Entscheidungen unseres Erachtens nicht ausreichend beachtet. Es werden nicht nur die Rücklagen auf das gesetzliche Mindestmass zurückgeführt sondern auch in vermutlich größerem Umfang neue Kredite aufzunehmen sein. Und diese Kredite müssen wir alle und vor allem auch zukünftige Generationen tilgen !

So manche notwendige Sanierungsmassnahme beispielsweise im Straßenbau oder z.B. ein Bürgerhaus wird auf unbestimmte Zeit verschoben werden müssen. Auch ein mittlerweile von einigen Gemeinderäten und auch von der FWV für notwendig erachteter Kreisverkehr an der Einfahrtskreuzung ins Industriegebiet ist in den nächsten Jahren nicht finanzierbar. Längere Wartezeiten beim Kreuzungsverkehr und chaotische Zustände in Stosszeiten sind hier vorprogrammiert.

Eine richtungsweisende und unseres Erachtens optimale Entscheidung ist die Realisierung des Pflege/Seniorenzentrums am Feuerwehrsee.

Besonders positiv ist hier hervorzuheben, dass finanziell keine Belastungen auf unsere Gemeinde zukommen. Lediglich das dazugehörige Grundstück wurde an die Stiftung Liebenau kostenlos verpachtet. Die Kosten für Bau und Betrieb des neuen Pflegeheims trägt die Stiftung Liebenau. Ein lange gehegter Wunsch der freien Wähler ist damit in Erfüllung gegangen. Das Projekt ermöglicht Weiler Bürgern auch im letzten Lebensabschnitt das betreute Verbleiben am Ort gemäß dem Motto, dass man alte Bäume nicht mehr verpflanzen soll.

Bereits im Haushalt 2002 war ja eine Planungsrate für die neue Sporthalle in Höhe von 3,5 Millionen Euro enthalten. Im aktuellen Haushaltsplan steht die Sporthalle mit geplanten Gesamtkosten von 5,22 Mio. Euro. Die Mehrkosten von 1,7 Mio. Euro sind unter anderem durch das „Anbeppen“ der Halle und die Entscheidung für die „teuerste und beste“ Sporthalle verursacht worden. Wir möchten hier nochmals ausdrücklich erwähnen, dass wir, als Vertreter der freien Wähler, uns für eine separat stehende, kostengünstige aber trotzdem funktional hochwertige Lösung eingesetzt hatten. Aber der Gemeinderat in seiner Gesamtheit hat bekanntermaßen anders entschieden und wir haben diese Entscheidung akzeptiert.

Die Mittelabflüsse verteilen sich vermutlich wie folgt:

2002: 500.000 Euro

2003: 3,5 Mio. Euro

2004: 1,22 Mio. Euro

Damit wird dann auch klar, wann mit der vollständigen Fertigstellung der Sporthalle zu rechnen ist. Wir erinnern uns: Im Wahlprogramm der FWV im Jahre 1999 war ein solide finanzierter Spatenstich für 2004 geplant !

Zu wiederholen ist in diesem Zusammenhang, dass die Zufahrtsproblematik auch weiterhin völlig außer Betracht bleibt. Der Gemeinderat will ganz offensichtlich die Anbindung über die bestehende Zufahrt über die Rötebrücke. Zu Lasten der Anwohner! Vermutlich unterhalten wir uns in ein paar Jahren dann darüber wie wir mit dem

angerichteten Schaden umgehen. Ein schlechter Trost. Unabhängig davon wird sich die FWV aber weiterhin für die Schaffung einer weiteren Anbindung einsetzen.

Durch die Anpassung der Wasser- und Abwassergebühren auf ein kostendeckendes Niveau wird in dieser schweren Zeit dem Bürger auch von der Gemeinde mehr Geld aus der Tasche gezogen. Das was die FWV vor vielen Jahren bereits befürchtet hatte, ist eingetreten. Einseitige Belastungen der Bürgerinnen und Bürger. Das einzig positive an dieser Entscheidung ist die verursachungsgerechte Gebührenbelastung. Aber eine entsprechende Entlastung der Bürger bei einem anderen Posten wie z.B. Grundsteuer, Gewerbesteuer waren nicht durchsetzbar. Selbst die Minimalentlastung über eine kostenlose Verteilung des Mitteilungsblattes an alle Bürger der Gemeinde ist, wenn überhaupt, nur sehr schwer durchzusetzen.

Die Eckzahlen des Haushalts wurden von den Vorrednern schon erwähnt, auf eine Wiederholung soll daher hier, wie in den Vorjahren auch, verzichtet werden.

Per Saldo bleibt für 2003 immer eine respektable Vermehrung der Verschuldung auf 4,856 Millionen Euro Ende 2003. Dies wird sich mit zunehmendem Baufortschritt der Großprojekte in den Folgejahren noch weiter verschlechtern.

Der Vermögenshaushalt wird Ende 2003 eine Pro-Kopf-Verschuldung von ca. 494 Euro je Einwohner aufweisen. Dies ist gegenüber dem Höchststand von ca. 711 Euro in 1994 zwar immer noch eine deutliche Verbesserung allerdings dürfen wir dabei nicht vergessen, dass unsere Anteile an den Verbindlichkeiten in den verschiedenen Zweckverbänden und Eigenbetrieben hier noch hinzu kommen. Mit diesen Verbindlichkeiten beträgt die Pro-Kopf-Verschuldung dann ca. 907 Euro.

Nicht alle Vertreter der Freien Wähler können einem derartigen Ausgabenprogramm in dieser schwierigen Zeit zustimmen. Wir alle aber befürchten in den nächsten Jahren aufgrund der eingeleiteten Maßnahmen schwere Jahre für die Finanzlage der Gemeinde.

Wir möchten jedoch auch die Gelegenheit nutzen, um die Aufgaben und Anregungen zu nennen, die wir 2003 vorrangig angehen möchten.

- 1) Sorgfältiger und sparsamer Umgang mit den Geldern für die Realisierung der beschlossenen Großprojekte. Während der Ausführung der Großbaustellen muss strengstens auf Kosteneinhaltung geachtet werden. Wir können uns keine Nachschüsse und damit negative Überraschungen leisten !
- 2) Bedingt durch die getroffenen Entscheidungen über den Bau dieser Großprojekte bleibt für Visionen zukünftig kein Raum. Man darf auch nicht in den Fehler verfallen möglichst viel Bauland umzulegen. Dies wird unseres Erachtens vor allem den Bereich Weil-Nord betreffen, da hier aus heutiger Sicht die einzige Möglichkeit einer zweiten Ortsdurchgangsstraße besteht. Und bevor diese nicht fest eingeplant und realisiert ist, führt jegliche Bautätigkeit in diesem Gebiet zu mehr Chaos im innerörtlichen Verkehr.
- 3) Damit sind wir bei unserem nächsten Anliegen: Die Problematik des Verkehrsaufkommens im Bereich unserer Hauptstraße. Hier ist von der Verwaltung Stellung zu nehmen zum bereits ca. 2 Jahre alten Vorschlag der Freien Wähler eines teilweisen großen Kreisverkehrs für die Bereiche Bahnhofstraße, Hauptstraße und Seestraße. Auch möglichen alternativen Ideen stehen wir sicherlich aufgeschlossen gegenüber. Aber eines ist sicher: wenn wir nichts tun, wird alles nur noch schlimmer. Man müsste hier einfach mal den Mut haben, die

auf dem Tisch der Verwaltung liegenden Ideen versuchsweise umzusetzen.

- 4) Im Bereich unserer Kindergärten werden durch die Forderungen nach verlängerten Öffnungszeiten Mehrkosten für die Gemeinde entstehen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Kindergartengebühren konstant bleiben.

Ich wünsche dem Gremium im kommenden Haushaltsjahr ein besseres konjunkturelles Umfeld und für unsere Gemeinde konstruktive Debatten und Entscheidungen. Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Andreas Hübner-Hecker

Im Dezember 2002

# Haushaltsplan 2003 : Gemeinderat Reiner Rupp, UBW

## Gemeindehaushalt – Zuführungsrate

Es kommt einem so vor, als ob die Gemeinde nächstes Jahr eine S-Klasse kaufen möchte, aber nicht weiß, wie das Benzin dafür bezahlt werden soll.

Die Zuführungsrate - also quasi der "operative Gewinn" der Gemeinde liegt um rund 60.000 € zu kurz. Sie sollte mindestens so hoch sein, dass damit die ordentliche Schuldentilgung gedeckt wird, um zu vermeiden, dass die Tilgung über neue Darlehen finanziert wird.

Zwar mussten wir schon in den Jahren 1996 und 1997 große Anstrengungen unternehmen, um die Mindestzuführung zu erreichen, doch haben wir es bisher gemeinsam geschafft.

Dieses Jahr sollen wir nun das mangelhafte Ergebnis mit einem Schulterzucken und sehenden Auges hinnehmen - und dies bei einer gleichzeitigen Rekord-Investitionssumme. Das passt nicht zusammen. Und das können wir von der UBW nicht akzeptieren. Zur Verdeutlichung: Wir reden über 0,5 % des Verwaltungshaushaltes, die eingespart werden müssen - und die sollten unserer Ansicht nach auch zu finden sein.

Falls nicht, liegt der Verdacht nahe, dass der Gemeindehaushalt als geeignete Plattform für zivilen Ungehorsam auserkoren wurde. Wir halten den Haushalt jedoch nicht für ein Vehikel, um politisch motivierte Botschaften nach Stuttgart oder Berlin zu verschicken. Er ist vielmehr Ausdruck und Maßstab dafür, ob Verwaltung und Gemeinderat mit den zur Verfügung stehenden Mitteln - auch bei geänderten Rahmenbedingungen - erfolgreich wirtschaften. Und das sollten wir doch unter Beweis stellen können.

Wir sind der Meinung, dass mit einigem guten Willen die Mindestzuführungsrate erreicht und ausgewiesen werden kann - und muss.

## Mittelfristige Finanzplanung

Ein Ausblick auf die mittelfristige Finanzplanung gibt Anlass zur Sorge. Obwohl wir in 2004 die Mindestzuführung voraussichtlich erreichen, liegen wir in 2005 und 2006 um rd. 430.000 €, bzw. 300.000 € zu kurz und dies obwohl die Schlüsselzuweisungen vom Land als kontinuierlich steigend angenommen werden - was eher unwahrscheinlich ist.

Es muss uns allen im Gremium Anliegen und Haupt-Hausaufgabe sein, dieser Entwicklung entgegenzusteuern.

## Antizyklisches Verhalten

Gegensteuern werden wir der wirtschaftlichen Lage mit den beschlossenen Baumaßnahmen. Wir setzen hier auf antizyklisches Verhalten der Gemeinde und nutzen niedrige Zinsen und günstige Baukosten. Wir leisten damit einen Beitrag zur Stärkung der Wirtschaft, anstatt in das allgemeine Gejammer einzustimmen.

## **Sporthalle**

Als Folge daraus kann die Gemeinde ab 2004 den sporttreibenden Vereinen und der Vereinsjugend, aber auch der Schule und den Schülern eine zusätzliche und ballsportgerechte Halle zur Verfügung stellen, die nicht nur funktional, sondern auch ästhetisch hohen Ansprüchen genügt. Damit geht ein lang gehegter und klar formulierter Wunsch der Sportvereinigung in Erfüllung.

Wir erwarten von den Vereinen, dass die neue Halle gut ausgelastet wird, sich hoffentlich neue sporttreibende Abteilungen gründen und dafür sorgen werden, dass noch mehr Kindern und Jugendlichen in der Gemeinde eine sinnvolle und aktive Freizeitgestaltung ermöglicht wird - obschon sich die Jugendarbeit der Vereine bereits heute auf einem hohen Niveau bewegt. Es muss aber auch klar sein - und wurde auch von Anfang an klar gemacht - dass eine Hallengebühr für die neue Sporthalle von den Nutzern erhoben wird.

## **Schulerweiterungen Weil und Breitenstein**

Die Schulerweiterungen in Weil und Breitenstein gehören zu den Pflichtaufgaben der Gemeinde, die wir uns rd. 2,5 Mio € kosten lassen - und die ebenso wie der Bau der Sporthalle den Bürgern, den Kindern und Jugendlichen, aber wiederum auch der Wirtschaft zugute kommt.

## **Freie Spitze**

Die Nettoinvestitionsrate wird für nächstes Jahr negativ ausfallen. Das heißt, dass keinerlei Spielraum für Investitionen außerhalb der bereits im Haushalt vorgezeichneten Investitionen besteht, es sei denn, man finanziert sie über weitere Darlehensaufnahmen und das wäre Gift für die zukünftige Gemeinde-Entwicklung.

## **Warum weisen wir darauf hin ?**

Wir dürfen die Zukunft nicht der Gegenwart opfern ! Wir sind der Meinung, dass die Haushaltsdisziplin auch 2003 und in den folgenden Jahren im Mittelpunkt unserer Überlegungen stehen muss.

Wir sind überzeugt, dass die Investitionen in die Baumaßnahmen der nächsten 2 Jahre Folgekosten haben, die den finanziellen Spielraum der Gemeinde gewaltig einengen werden. Es wäre nicht akzeptabel, wenn in zwei oder drei Jahren wieder das große Lamento über die schlechte finanzielle Situation der Gemeinde angestimmt und über Grundsteuern und das Hallenbad diskutiert würde. Deswegen müssen wir die mittelfristige Finanzplanung hinsichtlich der Folgekosten bewerten, intensiv beraten und zu einem langfristig tragfähigen Ergebnis kommen.

## **Weitere Wünsche**

Mit einem Rekord-Investitionsvolumen von rd. 7,5 Mio Euro in den kommenden 2 Jahren rücken weitere Wünsche an den Gemeindehaushalt in weite Ferne. Der

Gemeinderat muss sich im klaren sein, dass ad-hoc Investitions-Entscheidungen nicht mehr möglich sein werden. Weitere Darlehensaufnahmen in den folgenden drei bis fünf Jahren können und dürfen wir nicht akzeptieren, es sei denn, sie dienen der langfristigen städtebaulichen Entwicklung.

## **Umwelt- und Naturschutz**

Der Bereich Umwelt- und Naturschutz ist nicht zum Nulltarif zu haben. Wir freuen uns, dass auch im kommenden Haushaltsjahr wieder ein Betrag von 50.000 € für die Gestaltung einer lebenswerten Umwelt eingestellt wurde und der Gemeinderat die erforderliche Weitsicht bewiesen hat. Dieser Betrag sollte zum Wohl des nachhaltigen Umgangs mit der Umwelt in 2003 auch bewirtschaftet werden und sich nicht in der - durchaus wichtigen - Anschaffung und Umsetzung des Geographischen Informations-Systems (GIS) erschöpfen.

## **Eigenbetriebe**

Betrachtet man die Situation der Eigenbetriebe, fühlt man sich an das Motto : "Pekunia non olet - Geld stinkt nicht", erinnert. Schon römische Kaiser haben für die Abwasser-Entsorgung Geld in die notleidende Staatskasse gepumpt. Nach sieben guten Jahren der Enthaltbarkeit, folgt die Gemeinde Weil nun wieder diesem Beispiel.

Zwar wurde dem Wunsch der UBW entsprochen, endlich die Zinsen für die internen Darlehen von 6% auf 5% zu senken, allein der Geist dieser Forderung wurde weit verfehlt. Ziel war es, den Druck auf die Wasser- und vor allem auf die Abwasser-Gebühren zu nehmen, den Eigenbetrieben Luft zu verschaffen, um die Verlustvorträge abzubauen und vor allem - um Raum für zukünftige Gebührenstabilität zu schaffen. Letzteres wurde nicht erreicht.

Trotz der Zinssenkung hat der Gemeinderat mehrheitlich beschlossen, dass die Gebühren für Frischwasser, Abwasser und Kanäle von 4,50 €/m<sup>3</sup> auf 5,05 €/m<sup>3</sup> angehoben werden. Dies bedeutet, dass die Gemeinde ab nächstem Jahr unseren Bürgern und Bürgerinnen insgesamt rd. 220.000 € mehr aus der Tasche zieht. Ein Anstieg um mehr als 12% !

## **Verlustvorträge**

Wir erwarten nun, dass die Eigenbetriebe aufgrund der Zinssenkung und der Gebührenerhöhung mindestens in die Lage versetzt sind, die Verlustvorträge sukzessive abzubauen, um das ständige Klagelied über nicht ausreichende Gebühren endlich ausklingen zu lassen.

Insgesamt stimmen wir - wenn auch unter Protest hinsichtlich der mangelhaften Zuführungsrate - dem vorliegenden Haushalt 2003 zu.

## **Haushaltsrede 2003 von Brigitte Schick, CDU – Fraktion**

Herr Bürgermeister, Herr Brodbeck, verehrte Herren Amtsleiter,  
meine Damen und Herren!

Ein noch gutes Haushaltsjahr liegt fast hinter uns: der Vollzug des Haushalts 2002 ist entsprechend eingetreten und gibt uns Zuversicht für das neue Jahr. Diese ist für die kommenden Haushaltsjahre auch notwendig. Wir müssen nun nach dem Abwägen aller aus dem jetzigen Blickwinkel erkennbaren Risiken zu unseren drei großen Investitionsentscheidungen: Schule In der Röte, Sporthalle und Schule/Halle Breitenstein stehen.

Der Haushaltsentwurf, der jetzt vor uns liegt, ist ein Plan mutiger Entscheidungen. Es hat sich bewährt, in den letzten Jahren unseren Haushalt durch eine konsequente Schuldenrückführung, keine neuen Kreditaufnahmen und Aufstockung der Rücklage konsolidiert zu haben.

„Spare in der Zeit, dann hast Du in der Not“, diese typisch schwäbische Tugend hatten wir uns zu eigen gemacht. Leider konnten wir unseren Sparstrumpf nicht aus sprudelnden Gewerbesteuer-Einnahmen füllen. Wir hatten noch nie so große Einnahmen aus der Gewerbesteuer wie andere Städte und Gemeinden, die jahrelang von den wachsenden Gewerbesteuereinnahmen profitieren konnten. Dafür ist aber auch jetzt bei uns in Weil der Einbruch weniger drastisch. Unsere Mittel in der Rücklage stammen hauptsächlich aus dem Flächenbeitrag der Baulandumlegungen und waren deshalb auch nur einmalig zu bekommen. Betrachten wir diese Mittel als Finanzierung der Folgekosten der Baulandumlegungen, dann haben uns diese Kosten sehr schnell eingeholt. Die Entwicklung der Schülerzahlen in Weil und in den Teilorten soll, wie die Projektstudie der Bonner Projektgruppe Bildung und Region gezeigt hat, entgegen dem Landestrend und der allgemeinen Bevölkerungsentwicklung verlaufen. Dort wird ein rasches Nachlassen der Geburten und damit des Bedarfs an Kindergarten- und Schulplätzen in den nächsten fünf Jahren gesehen.

Weil ist eine attraktive Gemeinde und deshalb auch für Familien mit kleinen Kindern von hohem Wohnwert. Die Landesentwicklung wird deshalb erst verzögert auch in Weil eintreten.

Dem folgend sollte rasch gehandelt werden, um für unsere Kinder den notwendigen Schulraum zeitnah zu schaffen. Die Entscheidung für die Halle war allerdings schon vorher gefallen. Ich meine, dass das für die Realisierung des Projektes so gut war. Hätten wir zuerst die Schulproblematik aufgegriffen, die uns bei der Hallenplanung nicht in ihrer wirtschaftlichen Bedeutung bekannt war, ob wir dann in der letzten Gemeinderats-Sitzung den Baubeschluss gefasst hätten ? – Ich denke eher nein.

Die CDU – Fraktion respektiert die Mehrheitsbeschlüsse zu allen drei Vorhaben. So hätten wir das Hallendach gerne in der einfacheren Ausführung gesehen, aber die Mehrheit des Gremiums wollte die teurere Variante!

Öffentliche Aufträge sichern und schaffen Arbeitsplätze. Während die Regierung nur redet, handeln wir in Weil : das ist besser als jede Hartz-Kommission!

Die CDU fordert seit Jahren, dass Verbrauchsgebühren kostendeckend abgerechnet werden. Es hat lange gedauert bis die anderen Fraktionen endlich bereit waren diesen konsequenten Schritt zu tun.

Wir bedauern, dass bei uns der Preis für Wasser und Abwasser so hoch ist, aber es kann nicht sein, dass mit Steuergeldern der Wasserverbrauch von Privathaushalten und der der Gewerbetreibenden subventioniert wird.

Anderweitige Gebührenerhöhungen sind im kommenden Jahr nicht vorgesehen. Wir werden nicht umhin kommen, im Hinblick auf die sicherlich schwieriger werdenden Folgejahre 2004 bis 2006, alles auf den Prüfstand zu stellen und mit Sicherheit die eine oder andere Freiwilligkeitsleistung streichen oder kürzen müssen. Soweit als möglich und falls kostengünstiger, sollen Arbeiten an externe Unternehmer vergeben werden.

Wir haben bereits 1998 in Arbeitsgruppen die Arbeit unseres Bauhofes und den Personalstand der Kernverwaltung durchleuchtet.

Wir bitten die Verwaltung im kommenden Jahr zu überdenken, wo noch eine Optimierung innerhalb der Verwaltung gesehen wird und uns Vorschläge zu unterbreiten. Möglicherweise sind noch nicht alle Potentiale ausgeschöpft: wir wollen bei der hohen Belastung durch unser Investitionsprogramm für Unvorhersehbares in den folgenden Haushaltsjahren gerüstet sein.

Wir möchten im kommenden Jahr eine Überprüfung der Akzeptanz unseres Hallenbades veranlasst sehen, da uns das jährliche Defizit auf Dauer zu hoch ist. Am Beispiel Bludenz haben wir gesehen, dass ein Bad auch profitabel betrieben werden kann. Deshalb bitten wir die Verwaltung, anhand einer Umfrage, die Daten zu erheben.

Die Gedanken zur Gemeindeentwicklung, die uns die Verwaltung in der Klausur vorgestellt hat, bitten wir weiterzuverfolgen und auch der Öffentlichkeit vorzustellen und die Anregungen der Bürger aufzunehmen. Weitere Baulandumlegungen sollen maßvoll als Abrundung bestehender Baugebiete erfolgen.

Die Arbeitsgruppe der Agenda, die sich mit der Gestaltung und Ausstattung der Hauptstraße beschäftigt, wollen wir unterstützen.

Wir sehen dort ein großes Defizit.

Nach wie vor halten wir die Verbindungsstraße vom Gewerbegebiet Lachental zum interkommunalen Gewerbegebiet Sol für unabdingbar.

Einer Erweiterung der Gewerbefläche ohne Verbindungsstraße wird die CDU nicht zustimmen. Zu gegebener Zeit werden wir unseren Antrag neu stellen.

Wir werden im kommenden Jahr auch unsere gesetzlich vorgeschriebene Mindestzuführungsrate vom Verwaltungshaushalt in den Vermögenshaushalt nicht ganz erfüllen können. Die CDU –Fraktion kann das noch mittragen, da dieser Mangel von außen durch die Erhöhung der Kreisumlage und die Reduzierung der Finanzausweisungen verursacht wird.

Ein paar Sätze möchte ich als Kreisrätin dazu anmerken.

Wäre die Kreisumlage bei 32,5 Prozentpunkten geblieben, hätten wir die gesetzlich vorgeschriebene Zuführung erreicht. Landrat Maier ist vor zwei Jahren als frisch gewählter Landrat mit dem Anspruch angetreten, die Kreisumlage in den kommenden Jahren stabil bei 32,5 zu lassen. Der Umlagehebesatz des

Landeswohlfahrtsverbandes wird 2003 von 10,4 auf 12,2 Prozent erhöht. Gestiegene Aufwendungen in der Jugendhilfe und im Sozialbereich, Wenigereinnahmen aus dem Finanzausgleich sind die Gründe für eine Erhöhung der Kreisumlage.

Die geforderte Erhöhung von 1.8 Punkten wird der Kreishaushalt nicht bekommen, wenn die Fraktionen der FW und der CDU, wo Sie, Herr Bürgrmeister Brand und ich Mitglieder sind, die angekündigten 0,5 Punkte Erhöhung halten können. Die Entscheidung wird in der Kreistagssitzung am 16.12.02 fallen. Herr Brodbeck ist bei der Aufstellung des Haushalts von einer Erhöhung um 0,5 Punkte ausgegangen, was ca. 60 000.- Euro ausmacht. Damit ist leicht auszumachen, dass der Fehlbetrag von 69 000.- Euro bei der Zuführung hauptsächlich seine Ursache in der Erhöhung der Kreisumlage findet. In den kommenden Jahren wird eine weitere Erhöhung der Kreisumlage wohl unabdingbar kommen.

Ich will nicht in das allgemeine Lamento verfallen. Die Belastungen werden von oben nach unten weitergegeben und die Kommunen müssen hierfür letztendlich aufkommen. Wir werden ausgequetscht wie die Zitronen.

Deshalb richte ich meinen Appell an den Gesetzgeber in Bund und Land

1. für eine bessere finanzielle Ausstattung der Kommunen zu sorgen und
2. bei ausgaberelevanten Gesetzen gleichzeitig die Finanzierung zu sichern

Nun möchte ich meinen Blick wieder auf unseren Haushalt für das Haushaltsjahr 2003 richten.

Wir denken, dass wir im folgenden Jahr einen ausgeglichenen Haushalt haben werden. Wir danken Ihnen, Herr Brodbeck, für Ihre gute Arbeit bei der Aufstellung des Haushalts.

Herr Bürgermeister, wir freuen uns, dass in Weil etwas bewegt wird und hoffen, dass bei den verschiedenen Baumaßnahmen auch unsere ansässigen Handwerker zum Zuge kommen werden. Schade ist natürlich, dass ein Ersatz für das Turnerheim nicht so schnell in Sicht sein wird. Bei der Hauptversammlung der drei Feuerwehren habe ich den Innenraum ein wenig näher betrachtet und bin zu der Ansicht gekommen, dass wir möglichst schnell im neuen Jahr die Wände und die Decke mit einer freundlichen Farbe neu streichen sollten. Da diese Renovierung sicherlich aus der Instandhaltung bezahlt werden kann, folglich die Mittel schon im Haushalt enthalten sind, kann ich diesen Antrag stellen. Ich bin auch gerne bereit, an der Farbauswahl mitzuwirken.

Zusammenfassend lassen sich unsere mittelfristigen Ziele wie folgt definieren:

- **Sparmaßnahmen und Rationalisierung im Bereich der Verwaltung**
- **Überprüfung der Aufrechterhaltung des Hallenbadbetriebs**
- **Sinnvolle Kostenreduzierungsmaßnahmen bei den drei Großprojekten Halle und Schulen**
- **Untersuchung der Verbindungsstraße Lachental-Sol**

- **Optimierung der Hauptstraße**
- **Aufstellung eines Entwicklungskonzepts für die Gesamtgemeinde  
( Einrichtung eines Ausschusses )**
- **weitere Programme für Ökologie und Umweltschutz**

Die CDU- Fraktion wird dem Haushalt 2003 zustimmen.

Brigitte Schick

Dezember 2002